

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 02.02.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Ausschussvorsitzende, SPD	
Frau Heike Wießner	CDU	ab 16.40 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	ab 16.05 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle-Neues Forum	bis 17.30 Uhr
Frau Anna Maria Manser	stellv. Stimmb. Mitglied	
Frau Kerstin Masur	stimmb. Mitglied; Freier Träger	
Herr Leonhard Dölle	stimmb. Mitglied; Freier Träger	
Herr Uwe Kramer	stimmb. Mitglied; Freier Träger	
Herr Christof Starke	stellv. Stimmb. Mitglied; Freier Träger	
Herr Tobias Kogge	Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung)	
Frau Katharina Brederlow	Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie)	
Frau Carmen Wiebach	Beratendes Mitglied (Jobcenter)	
Frau Renate Leonhard	Beratendes Mitglied (Katholisches Propsteipfarramt)	
Frau Ilona Hackel	Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)	
Herr Kriminalrat Ralf Berger	Beratendes Mitglied (Polizei)	
Herr Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied (Kirchenkreis Halle-Saalkreis)	16.40
Frau Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied (Migrationsbeauftragte)	
Herr Mirko Petrick	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)	
Frau Mandy Jung	stellv. Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)	

### Entschuldigt fehlten:

Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Antje Klotsch	stimmb. Mitglied ;	
Frau Beate Gellert	stimmb. Mitglied; Freier Träger	
Herr Rene Moses	Beratendes Mitglied (Humanistischer Regionalverband, Bürgerhaus alternativE)	
Frau Janice Windisch	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendrat)	
Frau Carola Messerschmidt	Beratendes Mitglied (Landesverwaltungsamt, Abteilung Schule und Kultur)	
Herr Richter Bruno Glomski	Beratendes Mitglied (Amtsgericht )	
Frau Privorozkaja, Tatjana	Beratendes Mitglied, Jüdische Gemeinde	
Frau Susanne Wildner	Beratendes Mitglied (Gleichstellungsbeauftragte)	
Frau Anja Pohl	Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)	

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, rief die Kinder- und Jugendsprechstunde auf. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde sofort beendet.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach die Tagesordnung an. Hierzu meldete sich Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und sprach an, dass der TOP 5.2 Haushalt abgesetzt werden sollte, da die „Übergangslisten“ nicht zugegangen sind. Es liegt nichts vor, was für den Haushalt insgesamt benötigt wird. Wo ist die „Streichliste“ ?

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende** sprach an, dass auf jeden Fall die Einführung in den doppischen Haushalt, hier TOP 5.2.1, stattfindet. Dies war bereits für eine Sitzung im Herbst angesagt worden und wurde damals verschoben und zugesagt, dies zur Haushaltsberatung zu machen. Die Verwaltung hat sich entsprechend vorbereitet. Die „Übergangslisten“ liegen nicht vor. Aus diesem Grund ist es notwendig, eine **Sondersitzung anzuberaumen, hierfür steht als Termin Donnerstag, der 23. Februar 2012 ab 16.00 Uhr, Sitzungsort im Amt für Kinder, Jugend und Familie, Schopenhauer Straße 4** fest. Heute ist eine Einführung zur Doppik erforderlich, damit auch die Mitglieder der freien Träger diese erhalten. Der Haushalt sollte heute als 1. Lesung angesehen werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sprach an, dass Herr Geier im Hauptausschuss die Listen zugesagt hatte, entsprechende Anfragen müssen dort gestellt werden. Aus seinem Dezernat werden die Übergangslisten als einzelne Vorlagen zusammen gestellt, diese gehen noch in die Beigeordnetenkonferenz (Beiko). In den nächsten 10,12 Tagen werden diese die Mitglieder des Ausschusses erreichen, also noch vor der Sondersitzung. Der Jugendhilfeausschuss (JHA) kann dann seinen Beschluss hierzu fällen. Er wies darauf hin, dass es zeitlich nicht anders machbar war. Zum Haushalt sind bis zu 3 Lesungen möglich. Die Vorsitzende hat dies heute als 1. Lesung angesagt. Vor der Sondersitzung liegen die Unterlagen vor und der JHA entscheidet hierüber.

**Frau Wolff sprach** erneut an, dass es sinnvoller wäre, TOP 5.2.1 zu verschieben und 5.2.2. nicht zu behandeln, da heute nichts vorliegt.

**Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt**, sprach an, dass bereits heute bestimmte Dinge schon klar gemacht werden sollten, das dürfte doch kein Problem sein. Die Verwaltung hat heute Material zur Einführung des doppischen Haushaltes unter TOP 5.2.1 ausgeteilt, damit

die Präsentation nachvollziehbarer ist. Außerdem liegt eine Übersicht über die Produkte und Leistungen des Amtes vor. Hier ist keine Untersetzung enthalten. In der Einführung wird es auch Hinweise zu einzelnen Produkten geben, so dass die Lesbarkeit des doppelischen Haushaltes verständlicher wird. Es gibt einzelne Bereiche, wo es schwer ist, die ehemaligen Unterabschnitte aus dem kameralistischen Haushalt darzustellen. Um so wichtiger ist die Einführung für alle Mitglieder des Ausschusses heute.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass die Aufschlüsselung der Leistungen entscheidend ist. Eine „überblitzartige“ Einbringung des Haushaltes bringt nichts. Eine Vorbereitung war nicht möglich, da die Listen nicht vorliegen. Eine Diskussion auf Produktebene macht heute keinen Sinn, deshalb ist er auch für eine Absetzung des TOP 5.2.2. Der TOP 5.2.1, die Einführung, sollte auf der Tagesordnung nach hinten verschoben werden, da die Hälfte der Mitglieder sich bereits damit beschäftigt hat.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass ein Kompromiss wäre, wenn der TOP 5.2.2 als Einführung angesehen wird, aber nicht als 1. Lesung. Eine 1. Lesung würde aussagen, dass zu bestimmten Dingen, auch zu Streichungen, geredet werden müsste. Dafür fehlen die Vorberichte. Über Streichungen kann heute nicht geredet werden, wenn der Haushaltsplan nicht komplett vorliegt.

**Frau Brederlow** sprach an, dass es zur Sondersitzung am 23.02.12 um die Untersetzung der dort vorgeschlagenen Maßnahmen gehen soll und der JHA entscheidet mit der Verteilung der Mittel in den Produkten. Es geht nicht um die Leistungskataloge sondern um die Kürzungsvorschläge am 23.02.2012.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, sprach an, dass er für die Belassung des TOP 5.2.2 auf der TO ist, wenn es hierbei um die Einführung des Haushaltes des Amtes geht. Hierzu sollte heute schon geredet werden.

**Herr Paulsen sprach an**, dass eine Leistungsuntersetzung vorliegen muss, wenn darüber geredet werden soll und dies ist nicht der Fall.

**Herr Kogge sprach an**, dass nach der Haushaltsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt, § 4 ein produktorientierter Haushalt vorzulegen ist. Im Stadtrat wurde beschlossen, dass der Haushalt vorzulegen ist. Es war eine Leistungsbeschreibung gewünscht worden. Er ist bereit, die Leistung in seinem Bereich zu untersetzen. Eine Grundsatzdiskussion kann nicht erfolgen.

**Frau Hanna Haupt beendete** die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt, in dem sie einen Kompromissvorschlag unterbreitete. Sie schlug vor, dass heute die Einführung in die Doppik und in den doppelischen Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie erfolgen soll. Sie fragte an, wer der Tagesordnung so zustimmen kann.

**Der Tagesordnung wurde mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt.**

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2012

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat  
Vorlage: V/2011/10362
  - 5.2. Einbringung doppischer Haushalt 2012  
Vorlage: V/2011/10306
    - 5.2.1 Einführung in den doppischen Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie  
.
    - 5.2.2 Doppischer Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie 2012  
.
  - 5.3. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)  
Vorlage: V/2011/10219
  - 5.4. Nachwahl Mitglied Unterausschuss Jugendhilfeplanung nach Ausscheiden Herr Torsten Bognitz  
Vorlage: V/2011/10338
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1. Berichterstattung zum Stand der Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle (Saale)  
(Antrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) - Vorlage V/2011/10084 )
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2012**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach an, das durch Erkrankung der Protokollführerin diese Niederschrift heute nicht vorliegt und erst zur nächsten Sitzung aufgerufen wird.

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) vom 12.01.2012 ein Beschluss zur Schulsozialarbeit aus Mitteln von Bildung und Teilhabe getroffen wurde, zu welchem ein Dringlichkeitsantrag des Jugendhilfeausschusses im Stadtrat am 25.01.2012 eingereicht wurde.

#### **Beschluss zum Dringlichkeitsantrag**

**Der Stadtrat beschließt die Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe durch Bereitstellung von Mitteln aus Bildung und Teilhabe – Schulsozialarbeit für 7,9 Stellen gemäß Anlage V (aus Vorlage V/2011/10212) nach den Vorberatungen hierzu im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, im Bildungsausschuss und im Jugendhilfeausschuss.**

Sie teilte mit, dass der Stadtrat die Dringlichkeit zur Umsetzung dieser Leistung mit den entsprechenden Mitteln gesehen und hierzu mehrheitlich zugestimmt hat.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 5.1 **Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat Vorlage: V/2011/10362**

---

**Frau Brederlow , Amtsleiterin Jugendamt**, sprach an, dass heute eine Beschlussvorlage mit den Berichterstattungen der Dezernate vorliegt, wo auch Berichte des Amtes enthalten sind. Es sind einige Berichte enthalten, mit Empfehlungen zur weiteren/regelmäßigen Berichterstattung, das kann bleiben. Bei einigen Empfehlungen muss geschaut werden, was der Jugendhilfeausschuss hier möchte. Das Amt hat vor, ab Ende 2012 wieder einen Jahresbericht zu erstellen, welcher online geschaltet werden soll. In diesem Jahresbericht werden mehrere Bereiche enthalten sein, so dass sich die Berichterstattung im Ausschuss erübrigen könnte.

**Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, was der Sinn dieser gesamten Beschlussvorlage sein soll? Laut dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN soll eine systematische Berichterstattung in den Ausschüssen erfolgen. Hier kann doch nicht beschlossen werden, da vieles in der Vorlage enthalten ist, was nicht den Jugendhilfeausschuss tangiert.

**Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass der Antrag beinhaltet hat, dass eine Sortierung und Strukturierung der Berichte erfolgen sollte und die Berichterstattung in schriftlicher Form erfolgen soll. Im Jugendhilfeausschuss wird viel berichtet, was in der Niederschrift so konkret nicht entnehmbar ist, deshalb ist eine schriftliche Berichterstattung

sinnvoller. Der Bericht Hilfen zur Erziehung sollte zukünftig getrennt vom Bericht Kindertagesstätten erfolgen, da dies zwei verschiedene Bereiche sind. Es wäre wünschenswert, dass andere Berichte noch erfolgen, wie ein jährlicher Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten oder die Konzeption zum Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG). Er begrüßt, dass das Amt zukünftig wieder einen Jahresbericht erstellen wird. Er hat „gefühlte“ 27 Punkte, die hier oder in den Jahresbericht rein sollten.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, hier steht Bericht zur Arbeit Quartiersmanagement mit drin, das sollte es doch nicht mehr geben, warum wurde das mit aufgenommen? Ebenfalls der Bericht zu den Jugendbegegnungs- und –beratungszentren (JBBZ), das soll es nicht mehr geben, wieso dann Berichterstattung?

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Beschlussvorlage mit den Empfehlungsvorschlägen durch ein anderes Dezernat erstellt worden ist. Den Bericht zu den JBBZ wird es nicht mehr geben.

**Anfrage Frau Wolff**, was der Unterschied zu einem Bericht und einer Mitteilung ist, da dies in der Vergangenheit unterschiedlich gehandelt worden ist.

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Verwaltung dazu angehalten wurde, dass die Berichterstattungen unter dem Top „Mitteilungen“ aufgenommen werden müssen, was jetzt erfolgt. Die Frage ist, welche Berichte brauchen wir, was ist im JHA gewollt als Berichterstattung und auch wirklich erforderlich. Auf die Erstellung eines Jahresberichtes ab Ende 2012 durch das Amt hat sie bereits verwiesen. Beispielsweise ist die Spielflächenkonzeption nicht Part der Jugendhilfe sondern der Stadtplanung. Den Hinweis von Herrn Paulsen zur jährlichen Berichterstattung durch den Kinder- und Jugendbeauftragten findet sie beachtenswert.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, wies darauf hin, dass eine Aufschlüsselung der Berichterstattungen gewollt war und dies ist mit dieser Vorlage erfolgt.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass es eine Spalte „Empfehlung“ gibt und jeder Ausschuss schauen muss, welcher Empfehlung gefolgt werden kann oder welcher nicht. Als Empfehlung für den Fachausschuss steht der Bericht zur Kinderarmut aller 3 Jahre drauf. Sie findet, dass dieser Bericht auch in den Stadtrat gehört und nicht nur in den Fachausschuss.

**Herr Paulsen sprach an**, dass es eine Übersicht geben sollte, welche Berichte erfolgten. Im Ausschuss muss eine Verständigung erfolgen, was für Berichte im JHA in welchem Zeitraum gewollt sind, demzufolge sollte zu den Inhalten beraten werden.

**Frau Masur, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, fragte in Bezug auf die Äußerung, dass keine Berichte zu den JBBZ mehr erforderlich sind, an, warum nicht. Ihr ist nicht bekannt, dass es die JBBZ nicht mehr geben soll.

**Frau Brederlow antwortete**, dass es einen Beschluss des Stadtrates im Juni 2011 zur Jugendhilfeplanung gegeben hat, wo dies im letzten Beschlusspunkt enthalten ist. Da Frau Masur erst seit kurzem im JHA Mitglied ist, würde sie ihr diesen Beschlusstext zur Verfügung stellen.

**Herr Kogge wies darauf hin**, dass es zu bestimmten Berichterstattungen Beschlüsse gibt, wann diese wieder zu erfolgen haben.

**Frau Wolff sprach an**, dass die Übersicht unvollständig ist. Es gab im Stadtrat auch einen Beschluss zur Berichterstattung Inklusion, was hier nicht enthalten ist. Die Übersicht müsste aktualisiert werden.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende, schlug** vor, dies heute als 1. Lesung anzusehen, die Hinweise durch die Mitglieder wurden aufgenommen.

**Herr Paulsen fragte an**, was eine Verschiebung bringen soll, was liegt dann anders vor? Es kann heute beraten und ein Votum abgegeben werden.

**Frau Wolff sprach an**, dass eine andere Beschlussvorlage vorgelegt werden sollte und dies nur mit den Berichterstattungen für das Amt zur Vorlage für den JHA.

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass im JHA nicht für die anderen Ausschüsse/Berichterstattungen anderer Dezernate geredet werden kann sondern ausschließlich nur zur relevanten Thematik für den JHA.

**Herr Paulsen sprach an**, dass eine Beratung in einem Ausschuss doch erfolgen kann und jeder Ausschuss für sich seinen Part berät. Vom Jugendhilfeausschuss bedarf es eines Votums hierzu. Jeder Fachausschuss gibt sein Votum ab und dann geht es in den Hauptausschuss und der beschäftigt sich dann damit.

**Frau Hanna Haupt wies darauf** hin, dass jeder Fachausschuss nur zu seinem Anteil sein Votum abgeben kann und nicht für die gesamte Vorlage.

**Herr Kogge sprach an**, dass er sich sicher ist, dass wir für unseren Teil etwas sagen können und dieser Teil muss angesehen werden. Der Hauptausschuss muss dann eine Zusammenfassung aus den Fachausschüssen machen. Es kann eine Empfehlung erfolgen, was in unserem Ausschuss gewollt ist.

**Herr Paulsen sprach an**, dass durch die Verwaltung der Beschlussvorschlag geändert werden muss, da hier momentan als Vorschlag die Bestätigung der Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat steht. Die Berichte sollen auch schriftlich erfolgen. Die Anlage muss ebenfalls geändert werden.

**Frau Hanna Haupt vertagte** die Behandlung der Vorlage. Die Hinweise, die heute erfolgten, werden durch die Verwaltung an den bearbeitenden Bereich weiter gegeben. Die anderen Fachausschüsse müssen sich hier auch noch positionieren. Zum gegebenen Zeitpunkt wird die Behandlung der Vorlage wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat bestätigt die Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat.



## zu 5.2 Einbringung doppischer Haushalt 2012 Vorlage: V/2011/10306

---

### Abstimmungsergebnis:

Nicht beraten

### Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

## zu 5.2.1 Einführung in den doppischen Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach an, dass vom Amt für Kinder, Jugend und Familie Herr Sattler und Frau Schneider die Einführung in die Doppik machen. Hierzu liegt allen Mitgliedern in Schriftform die Präsentation vor. Ausgelegt wurde ebenfalls eine Übersicht über die Produkte und Leistungen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie.

**Herr Sattler, Mitarbeiter des Jugendamtes**, stellte die Reform des kommunalen Rechnungswesens, hier von der Kameralistik zur Doppik vor. Er sprach an, dass es in der Doppik jetzt einen Ergebnisplan (mit Erträgen und Aufwendungen) und einen Finanzplan (mit Ein- und Auszahlungen) gibt. Im Ergebnisplan liegen die in Geld bewerteten Beträge vor. Im Finanzplan erfolgt im Teil A der Zahlungsnachweis, im Teil B der Nachweis einzelner Investitionsmaßnahmen. Es gibt 3 Komponenten des Rechnungswesens in der Doppik: die Ergebnisrechnung, die Bilanz und die Finanzrechnung. Es gibt nur eine städtische Bilanz, in welcher alle Vorgänge der Dezernate enthalten sind. Es erfolgt jetzt eine periodengerechte Zuordnung. Abweichungen zwischen Ergebnisplanung und Finanzplanung können entstehen. In der Doppik gibt es Produkte nach Produktrahmenplan bzw. Leistungen und Sachkonten nach Kontenrahmen. Es besteht das Verursachungsprinzip. Produkte müssen sich innerhalb des Rahmenplanes bewegen und den Rahmen gibt das Land vor. Das Kassenwirksamkeitsprinzip drückt aus, dass Einnahmen und Ausgaben nur in dem Haushaltsjahr enthalten sein dürfen, in dem sie auch tatsächlich angefallen sind.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat um verbale Äußerungen zum Haushalt und Beispiele der Darstellung anhand eines Produktes des Amtes.

**Herr Sattler** machte dies anhand des Beispiels „Miete“ deutlich. Weiterhin informierte er über die Begriffe „Produkte“ und deren Steuerung. Produkte sind zu beschreiben und Produktziele sind zu definieren. Produktziele untergliedern sich in

Finanzziele, Mengenziele, Qualitätsziele und in Wirkungsziele. Er stellte die Gliederungssystematik Produkthaushalt im Dezernat IV, hier Amt für Kinder, Jugend und Familie vor. Als Beispiel nannte er das „Produkt Frauenschutzhaus mit der Nr. 1.31501, welches ohne Leistung vorhanden ist. Für das Beispiel „Produkt Hilfen zur Erziehung (HzE) für Minderjährige mit der Nr. 1.36303“ benannte er 6 Leistungen hierzu. Dieses Produkt unterteilt sich in die 5 Leistungen HzE der 5 Sozialräume und die 6. Leistung ist Beratung, Planung von erzieherischen Hilfen. Er erläuterte den Aufbau des doppelischen Haushaltes der Stadt (Ergebnisplan Stadt), runtergebrochen auf die Dezernate und die Ämter (Teilergebnispläne pro Dezernat/Amt) bis auf das Produkt. Weiterhin wurde der Aufbau des Finanzplans (Finanzplan Stadt), runtergebrochen auf die Dezernate und die Ämter erläutert. Auf Amtsebene ist beim Finanzplan Schluss. Hier erfolgt im Teil B die Darstellung der Investitionsmaßnahmen. Die vorliegende Stellenübersicht untergliedert sich in der Darstellung funktionsbezogen mit der entsprechenden Entgeltgruppe.

**Frau Schneider, Mitarbeiterin Jugendamt**, erläuterte den doppelischen Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Eingangs ging sie auf die Grundsätze für die doppelische Planung und Bewirtschaftung ein. U.a. erläuterte sie hier, dass ein Produkt bewirtschaftet werden muss, wenn dieses auch beplant wurde (Planungsebene ist immer die Bewirtschaftungsebene). Werden Leistungen geplant, muss die Bewirtschaftung auf der Leistungsebene erfolgen. Für die Darstellung der Haushaltsplanung ist § 4 der Gemeindehaushaltsverordnung maßgebend: die Planung erfolgt nach Organisationseinheiten produktorientiert. Sie erläuterte den Produktplan des Amtes, untergliedert nach Produktgruppe und Bezeichnung. Die ehemaligen Unterabschnitte 4070 bis 4570 mit den Verwaltungsausgaben finden wir jetzt in allen Produkten wieder. Es gibt keine Vergleichbarkeit mehr, da die Teilpläne eine völlig neue Struktur aufweisen. Sie benannte aus dem Teilergebnisplan des Amtes 51 Beispiele zu den Ertrags- und Aufwandsarten, u.a. Transferaufwendungen (HzE, KITA-zuschüsse, Fördermittel), also Leistungen an Dritte.

Abgebildet im Teilergebnisplan ist der Planansatz 2012 und die Ansätze der folgenden 3 Jahre als mittelfristige Ergebnisplanung. Vorangestellt werden die Spalten Planansatz des laufenden Haushaltsjahres und das Ergebnis des Vorjahres, welche jetzt noch unausgefüllt sind, da erst ab dem Jahr 2012 die Doppik beginnt. Neu ist, dass die Aufwendungen mit „Minus“ dargestellt werden. Ertragsarten, welche nicht im Amt 51 geplant werden, wurden mit einer „null“ abgebildet. Neu ist die Position „Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen“, hierzu zählen: Kopierleistungen, Fahrdienstleistungen (städtischer Fuhrpark) und Porto.

Es gibt eine Reihe von Produkten, welche auf Leistungsebene geplant sind. Als Beispiel benannte sie aus dem Produktplan das Produkt 1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige, welche sich in sechs Leistungen untergliedert. Wer auf Leistung plant, muss auch auf Leistung bewirtschaften. Die Leistungsebene dient zur Darstellung der einzelnen Sozialräume – als Ersatz von Kostenstellen. Sie sprach an, dass bisher im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt 4550 die Leistungen der Jugendhilfe für die Ermäßigung der Elternbeiträge enthalten war. Diese wurden bisher über den UA 4640 KITA verrechnet. Diese Verrechnung entfällt ab 2012. Jetzt werden die Leistungen für KJHG-Erstattungen dort veranschlagt, wo sie hingehören: Produkt 1.36101 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Zum Produktblatt verwies sie darauf, dass der Arbeitsstand der Produktbeschreibungen vom letzten Frühjahr ist. Die Produktbeschreibungen, Zielsetzungen und Kennzahlen müssen fortgeschrieben bzw. noch erarbeitet werden. Frau Schneider ging auf den Teilergebnisplan Produkt: 1.36303 Hilfen zur Erziehung ein, die Einzelansätze pro Leistung (Sozialraum) sieht man nicht. Im Beispiel der hier dargestellten Transferaufwendungen (Nr. 15) wird direkt auf das Produkt, die Leistung geplant. Dieses Produkt könnte man mit dem bisherigen UA 1.4550 vergleichen. Die hier dargestellten Transferaufwendungen (Nr. 15) beinhalten die bisherigen Ausgaben aus dem UA 4550. Unter „sonstige Transfererträge“ (Nr. 3) fallen die bisherigen Einnahmen aus dem UA 1.4550.

**Frau Hanna Haupt** gab für Anfragen zur Einführung Doppik die Möglichkeit.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, ob sich nach der Aufzählung die Nr. 11 „ordentliche Erträge“ ändert, er verwies in dem Zusammenhang auf Seite 13 Nr. 11 = „Versorgungsaufwendungen“ und Seite 17 Nr. 11 „ordentliche Erträge“.

**Frau Schneider antwortete**, dass auf Seite 13 die pflichtige Reihenfolge dargestellt ist. Es müsste geprüft werden, falls etwas fehlt. Die Aufwands- und Ertragsarten müssen immer die gleiche Nummer haben.

**Herr Sattler wies darauf hin**, dass alle Positionen mit „3“ unter „sonstige Transfererträge“ fallen.

**Anfrage Frau Wolff** zur Seite 505 (Produktübersicht). Handelt es sich bei den Produkten 1.36303 Hilfen zur Erziehung und 1.36701 Einrichtungen für HzE um eine Doppelung?

**Antwort Frau Schneider**, dass es sich beim Produkt 1.36701 um die Klosterstraße handelt, ehemals UA 1.4613. Dies ist im Sinne von Einrichtungen gemeint – die einzige Einrichtung in kommunaler Trägerschaft. Über das Produkt 1.36303 werden die einzelnen Hilfefälle bei den Trägern finanziert.

**Anfrage Frau Wolff** zum Frauenschutzhaus S., da hier unterschiedliche Summen (146.000 € in Gesamtliste; 86.400 € bei Streichliste) enthalten sind. Handelt es sich um einen reinen Zuschuss hier?

**Antwort Frau Brederlow**, dass das Frauenschutzhaus 84.000 € Landeszuschüsse bekommt. Der Zuschuss der Kommune ist nicht in dieser Größenordnung. Sie verwies darauf, dass in der Kürzungsliste auch Fehler enthalten sind, was in der Vorlage noch sichtbar wird.

**Frau Hanna Haupt** wies darauf hin, dass dies heute noch nicht Thema ist.

**Anfrage Frau Wolff**, ob vorab der Behandlung des Haushaltes Fragen an die Verwaltung gesendet werden können, damit sich die Verwaltung vorbereiten kann?

**Frau Brederlow** befürwortet die Zusendung von Fragen an die Verwaltung und forderte hierzu auch auf.

**Anfrage Frau Manser, stimmberechtigtes stellvertretendes Mitglied freie Träger**, welchen Vorteil bringt die Doppik?

**Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, das Land Sachsen-Anhalt hat wie die anderen Bundesländer entschieden, dass der Haushalt anders dargestellt werden soll, um anders steuern zu können. Die Möglichkeit des Steuerns ist bei der Doppik besser. Der Übergang von der Kameralistik zur Doppik ist schwierig. Zukünftig sind dann alle Rechnungen des Jahres 2012 im Haushalt 2012 zu finden.

**Herr Sattler sprach an**, dass nach dem Verursachungsprinzip die Aufwendungen und Erträge in der Doppik in dem Haushaltsjahr zu finden sind, in dem auch der Ressourcenverbrauch oder der Ressourcenzuwachs zuzuordnen ist.

**Herr Kogge wies darauf hin**, dass vorher Rechnungen aus den Vorjahren, die nach Kassenschluss eingegangen sind, im neuen Jahr erschienen sind. Jetzt nach Doppik ist hier

Schluss. Alles was in 2012 einen Aufwand darstellt, ist auch dem Haushaltsjahr 2012 zuzurechnen, ansonsten sind es Außenstände. Die freien Träger brauchen das Geld aus 2011, die Liquidität 2011 muss erhöht werden, sonst wird es in 2012 gebracht, was der Doppik widerspricht. Das Problem ist die Trennung zwischen Kameralistik und Doppik Darstellung und die unterschiedliche Verfahrensweise hierzu.

**Nachfrage von Frau Manser**, dass dies im Land Sachsen-Anhalt also ähnlich ist?

**Antwort von Herrn Kogge**, dass die Verfahrensweise im gesamten Land Sachsen-Anhalt erfolgt.

**Herr Sattler sprach an**, das überall im Land gleich gerechnet und einheitlich verfahren werden muss.

**Frau Wolff sprach an**, das der Haushalt der Stadt auch für den Bürger gut dargestellt werden soll.

**Herr Sattler sprach an**, das durch die Produktblätter auch erkannt wird, was sich dahinter verbirgt und welche Ziele verfolgt werden. Transparenz und Steuermöglichkeiten sollen gegeben werden.

**Anfrage Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, ob durch die Doppik bspw. der Haushalt mit Magdeburg vergleichbar ist, ist dies eine Vision oder geht das?

**Herr Kogge antwortete**, dass die Daten so gut sind, wie diese eingegeben werden. Es kommt immer darauf an, in welche Position etwas gesteckt wird. Ein wirklicher Vergleich ist schwer möglich.

**Anfrage durch Herrn Dölle**, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Überblick zu erhalten, was sich hinter den einzelnen Positionen verbirgt, also Erklärungen hierzu?

**Antwort Frau Schneider**, das es einen Kontenplan der Stadt gibt, da sind die einzelnen Sachkonten aufgeführt. Das kann zur Verfügung gestellt werden.

**Frau Brederlow wies darauf hin**, dass sich die Verwaltung darauf vorbereitet hat, wie der Haushalt aussieht. In der nächsten regulären Sitzung wird dies vorgestellt, es wird Wiedererkennungswerte geben.

**Frau Hanna Haupt fragte an**, ob es noch Fragen gibt.  
Dies war nicht der Fall.

## **zu 5.2.2 Doppischer Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie 2012**

---

**Die Verwaltung** brachte unter TOP 5.2.1.eine Präsentation zur Reform des kommunalen Rechnungswesens (von der Kameralistik zur Doppik) mit Beispielbenennungen.

Haushalt des Amtes **nicht beraten**

**zu 5.3 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)  
Vorlage: V/2011/10219**

---

**Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt,** sprach an, das die Einführung zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) KITA durch Frau Erfurth erfolgen wird. Die BEP ist heute zusammen mit dem Haushalt vorliegend und kommt dieses Jahr sehr spät. Die BEP liegt jetzt aktuell vor. Die freien Träger haben hierzu am Montag eine Veranstaltung gehabt.

**Frau Erfurth, Jugendhilfeplanerin Kita,** sprach an, dass der Aufbau der BEP ähnlich dem der Vorjahre ist, demzufolge ist auch eine Vergleichbarkeit gegeben, eine Entwicklung wird erkannt.

Sie erläuterte die Anlagen und ging anfangs auf die Ist-Analyse der KITA-Betreuung ein. Zuerst benannte sie die Nutzerquote in den Jahren 2010 und 2011. Zum 31.12.2010 waren insgesamt 25.032 Kinder in den 3 Teilbereichen (Krippe, Kindergarten, Hort) in der Betreuung. Zum 30.09.2011 waren es insgesamt 25.287 Kinder und zum Jahresende 25.464 der 0-unter 14-Jährigen. Zum Stichtag 31.10.11 haben 59% der Kinder einen Kinderbetreuungsplatz in Halle in Anspruch genommen. Sie ging dann auf den Versorgungsgrad in den Jahren 2010 und 2011 ein. Im Jahr 2010 waren es 61% der Kinder und im Jahr 2011 64% der Kinder, es gab im Versorgungsgrad also eine 3%ige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Auslastung lag im Jahr 2010 bei gesamt 94% und im Jahr 2011 bei 93%. In Kinderkrippen und Horten ist die Auslastungszahl stabil geblieben. Sie teilte zur Prognose der Anzahl der Kinder in den jeweiligen Betreuungsformen für das Jahr 2012 mit, dass gegenüber 2011 insgesamt 702 Kinder in Halle leben werden. Diese Prognose ist vor ca. 1 ½ Jahren erstellt, es erfolgt aller 2 Jahre eine Aktualisierung. Die Zunahme bei den Hortkindern wird sich am deutlichsten zeigen (+368), auch bei den Krippen- und Kindergartenkindern ist nach der Prognose mit einer Zunahme zu rechnen (um 282 bzw. 230). In der Anlage 2 sind die Standortveränderungen bzw. geplante Neubauten enthalten. Im Jahr 2011 waren gesamt 464 Plätze durch Kapazitätserweiterungen/Standortveränderungen realisiert worden. Geplant in 2012/2013 sind 612 Plätze. Es kann nicht gesagt werden, dass dies eine abschließende Liste ist.

**Frau Wießner, CDU-Fraktion,** fragte zu den hier vorgestellten Zahlen nach, da diese teilweise anders als die vorliegenden Zahlen sind.

**Frau Erfurth antwortete,** dass die BEP den Stand zum 30.10.2011 und sie jetzt die berechneten Zahlen zum Jahresende hat. Prozentual hat sich nichts geändert.

**Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende,** zur geplanten KITA der Ev. Laurentiusgemeinde, da dieses Projekt seit 3,4 Jahren in der BEP enthalten ist. Soll die KITA noch kommen?

**Antwort Frau Erfurth,** solange der Träger nicht mitteilt, das die Einrichtung nicht kommt, solange bleibt dies hier mit drin, hierzu gibt es bereits einen Beschluss.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschläge:**

1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 zu. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat nimmt die geplanten Standortveränderungen/Standorterweiterungen und die Planungsschwerpunkte für das Jahr 2012 zur Kenntnis. (Anlage 2)
3. Für die im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen wird die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG (Personal- und Sachkostenfinanzierung aufgrund der Ist-Belegung) im Haushalt 2012 sichergestellt. (Anlage 3a und 3b)

### **zu 5.4    Nachwahl Mitglied Unterausschuss Jugendhilfeplanung nach Ausscheiden Herr Torsten Bognitz Vorlage: V/2011/10338**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach an, das aus der vorliegenden Begründung ersichtlich ist, welche Mitglieder nicht als Nachfolger zur Verfügung stehen, da diese bereits Mitglied im Unterausschuss Jugendhilfeplanung sind.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner**, sprach an, dass – falls es zu einer geheimen Wahl kommen soll – die Stimmzettel vorbereitet sind.

**Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, sprach an, dass es bisher eine gängige Praxis war, das im Unterausschuss ein ausgewogenes Verhältnis von Vertretern freier Träger als auch Stadträten besteht. Das ausgeschiedene Mitglied Herr Bognitz war Vertreter der freien Träger, deshalb bittet er darum, die bisherige Praxis beizubehalten.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, unterbreitete den Vorschlag, dass Frau Kerstin Masur als Vertreterin der freien Träger Mitglied im Unterausschuss wird.

**Frau Hanna Haupt fragte an**, ob es weitere Vorschläge gibt. Dies war nicht der Fall. Sie fragte Frau Masur, ob diese das Ehrenamt annehmen würde.

**Frau Masur, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger**, stimmte dem zu.

**Frau Hanna Haupt fragte an**, ob eine geheime Wahl gewünscht ist. Dies wurde durch die Mitglieder des Ausschusses vereint.

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung auf.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss wählt aus der Reihe der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses **Frau Kerstin Masur** als Nachfolgerin als stimmberechtigtes Mitglied für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung nach dem Ausscheiden Herr Torsten Bognitz.

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge vor.

### **zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

### **zu 8 Mitteilungen**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, teilte mit, dass in Halle ein ostdeutsches Symposium für Suchtmedizin am 18.02.2012 stattfindet. Dazu verteilte sie Flyer zur näheren Information.

#### **zu 8.1 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle (Saale) (Antrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) - Vorlage V/2011/10084 )**

---

**Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt**, sprach an, das im letzten Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein umfangreicher Bericht hierzu unter Beteiligung von Frau Erfurth und Herrn Zschocke gehalten worden ist. Herr Kogge hatte noch ein Gespräch mit dem Staatssekretär hierzu, das wird noch im Bericht ergänzt und dann wird dieser den Mitglieder per E-Mail zur Verfügung gestellt. Sie schlägt vor, dann in der Sitzung im April die Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss vorzunehmen, dann kann aktuell berichtet werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach an, dass ihre Fraktion aktuell vom Städtetag eine Information mit einem Vergleich aus anderen Bundesländern hierzu erhalten hat. Dies wird den anderen Fraktionen auch zur Verfügung gestellt. Hier kann man gut zu Inklusion nachlesen. Dies als Hinweis an die Mitglieder.

## zu 9 Themenspeicher

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach an, dass der Themenspeicher ständig aktualisiert wird. Es hat sich eine Änderung im vorliegenden Themenspeicher ergeben: Das für den JHA 1.03.12 anvisierte Fachgespräch zur Schnittstelle Jugendhilfe/Psychiatrie muss verschoben werden. Dies soll im Zusammenhang mit dem Psychiatriebericht (welcher momentan noch nicht vorliegt) erfolgen und wird für JHA April mit ? vorgesehen, verschiebt sich aber evtl. auch in JHA Mai.

Auf der TO JHA 01.03. stehen jetzt an: Haushalt 2012; Berichterstattung zum Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN – Aktiv in der Region Halle“; Informationen zum Stand des Bundeskinderschutzgesetzes; der Abschlussbericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und KITA 2012 sowie die Beschlussvorlage Bildung und Teilhabe – Schulsozialarbeit. Im JHA April soll es eine Mitteilung zum Gesunden Städteprojekt geben.

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied freie Träger**, fragte zu BuT Schulsozialarbeit an: Wann kommen die Bewilligungsbescheide, was bedeutet das für die Träger, gibt es einen vorzeitigen Maßnahmebeginn?

**Frau Brederlow , Amtsleiterin Jugendamt, antwortete**, dass der Beschluss hierzu im letzten Stadtrat am 25.01.2012 getroffen wurde. Jetzt werden durch die Verwaltung die Bewilligungsbescheide vorbereitet.

Dies wird im Februar abgearbeitet, dies ist nicht als Zusage zu betrachten, dass es im Februar raus geht.

**Frau Schöps, Ressortleiterin Jugendamt, ergänzte**, dass zum vorzeitigen Maßnahmebeginn ein Anschreiben noch raus geht, dies muss wie immer beantragt werden. Was neu ist, muss abgewartet werden, die Verwaltung ist hier dran.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger, sprach an**, dass Trägerleistungen im JHA beschlossen worden sind. Die Problematik Erbbaupachtverträge ist ungelöst. Er bittet die Verwaltung mit den betreffenden Trägern Gespräche zu führen.

**Frau Brederlow antwortete**, dass auf Grund der Beschlussfassung im Februar Trägergespräche geführt werden sollen, auch mit den Trägern der Jugendbegegnungs- und –beratungszentren (JBBZ). Die Problematik Erbbaupachtverträge kann durch die Verwaltung nicht gelöst werden.

**Anfrage von Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, kann zu START III etwas zum Stand der Beantragung und dem Ist-Zustand gesagt werden?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, es ist keine Richtlinie hierfür da. Es gibt klare Dinge, wie den Demografiecheck. Eine Bestandssicherheit für 25 Jahre muss gegeben sein, in der Planung der Stadt muss es untersetzt sein etc. Träger und Kommunen können sich nach Vorliegen der Voraussetzungen bewerben. Es war vorgesehen, dass dieses Programm über mehrere Jahre laufen sollte. Jetzt stehen 70 Mio. € für das Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung, so das für Halle ca. mit 14 Mio. € laut Schülerzahlen zu rechnen ist. Wenn mehr Klarheit besteht, wird hierzu im Ausschuss informiert.



**Anfrage Frau Ute Haupt**, ob bekannt ist, wer sich beworben hat?

**Herr Kogge** verneinte dies. Da eine Demografiesicherheit gegeben sein soll, müsste die Kommune hierzu angefragt werden und das ist nicht erfolgt.

**Anfrage von Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob es sich bei der Vollzeitstelle in der Klosterstraße um eine Erzieherstelle handelt?

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies in der Sondersitzung beantwortet wird.

**Frau Wolff fragte an**, wie die Absicherung des SCHIRM-Projektes und von IRIS ist, im Dezember sah es hierzu nicht gut aus. Werden Mittel ausgereicht, wenn ein genehmigter Haushalt vorliegt?

**Antwort Frau Brederlow**, das erst ein Stadtratsbeschluss zum Haushalt benötigt wird, damit die Verwaltung eine Handlungsgrundlage hat. Bei IRIS wird es eine Lösung geben. Für SCHIRM wird es für dieses Jahr erst mal eine Lösung geben, es wird geschaut, wie die Konzeption angepasst werden kann.

## zu 11 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende**, sprach abschließend nochmals an, dass am Donnerstag, dem 23. Februar 2012 ab 16.00 Uhr eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses im Amt für Kinder, Jugend und Familie stattfinden wird. Sie beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin